

die Erneuerung der Zollvereinsverträge beraten werden sollte. Das Wiener Kabinet war hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt worden, daß Preußen bereit sei, mit Oesterreich in Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu treten, sobald die Verhandlungen über die Zukunft des Zollvereins geschlossen sein würden. Auf diesem Standpunkt verhartete Preußen trotz des Antrages der süddeutschen Staaten, gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins auch Verhandlungen mit Oesterreich stattfinden zu lassen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, brach Preußen im September 1852 die Verhandlungen ab. Damit hatte die Zollvereinskrise ihren Höhepunkt erreicht. Oesterreich berief nun eine neue Konferenz der auf seiner Seite stehenden Regierungen nach Wien. Fast gleichzeitig knüpfte es jedoch behufs Herbeiführung eines Ausgleichs unmittelbare Verhandlungen mit Preußen an. Gegenüber seinen früheren Forderungen auf bindende Abmachungen hinsichtlich seines völligen Anschlusses an den deutschen Zollverein bestand es jetzt nur noch auf eine allmähliche Anbahnung einer Zollvereinigung. Preußen hielt es ebenfalls für ratsam, einzulenken, und so kam schließlich der preußisch-oesterreichische Handels- und Zollvertrag vom 19. Februar 1853 zustande, der sogenannte Februarvertrag, der den ersten Abschluß in dem großen Kampfe zwischen Oesterreich und Preußen auf handels- und zollpolitischem Gebiete bildete. Oesterreich hatte zwar nicht seine Aufnahme in den Zollverein erreicht, wohl aber ausgedehnte Zollbefreiungen und Verkehrserleichterungen und außerdem die Zusage, daß im Jahre 1860 über eine völlige Zolleinigung in weitere Verhandlungen getreten werden solle. Hierin lag zwar schon der Keim künftiger Verwicklungen, doch konnte Preußen zufrieden sein, um diesen Preis die immer bedrohlicher gewordene Krise vorläufig überwunden zu haben. Die Erneuerung des Zollvereins und seine Erweiterung durch den Steuerverein auf Grund des Septembervertrages mit Hannover konnte nunmehr zum 1. Januar 1854 erfolgen.

VI.

Unterdessen hatte die französische Regierung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die Entwicklung der Dinge mit wachsendem Interesse verfolgt und war zu der